

Mit ruhiger Hand in den Abgrund

- Die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland gewinnt an Skurrilität und verliert den Kontakt mit dem zu lösenden Problem -

von

Heiner Flassbeck
(5. Juli 2001)

Mit der deutschen Wirtschaft geht's bergab. Kaum ein Tag, an dem nicht eine neue Hiobsbotschaft auch dem letzten Optimisten klarmacht, daß etwas Böses geschieht, wenn nichts geschieht. Die Zahl der Arbeitslosen, um nur das Eine und zugleich Wichtigste zu nennen, ist seit ihrem Tiefstand im Dezember letzten Jahres um 80 000 gestiegen und die Zahl der offenen Stellen ist um 50 000 gesunken. Die Wirtschaftspolitiker aber haben die Ruhe entdeckt. Man dürfe jetzt nicht in Hektik und Aktionismus verfallen, so die Parole, sondern müsse mit einer Politik der ruhigen Hand seine Ziele verfolgen, die über das Jahr 2001 hinaus reichen. Insbesondere die Konsolidierung dürfe nicht in Frage gestellt werden, 2004 sei ein Budget des Bundes vorzulegen, das keine Neuverschuldung mehr aufweist, komme, was wolle. Sinken die Steuereinnahmen, müssen die staatlichen Ausgaben auch sinken, Sparen ist bei Rot-Grün noch immer die oberste Tugend.

Bei den Unternehmen klingt das ähnlich. Keine Hauptversammlung, wo nicht der Vorstandsvorsitzende angesichts der schlechteren Zeiten "eisernes Sparen" und massive Kostensenkungen ankündigt. Auch die privaten Haushalte halten ihr Scherflein zusammen, ist ihre finanzielle Lage doch trotz Steuerreform schlechter als erwartet und die Gefahr für den eigenen Arbeitsplatz viel größer geworden. Außerdem, so hat man ihnen seit Jahren gepredigt, gilt es mit mehr Ersparnissen für's Alter vorzusorgen, und wen das nicht überzeugt, dem gibt der Staat ab dem nächsten Jahr eine hohe Subvention, damit er weniger von seinem Einkommen zum Markte trägt.

Nicht ganz ins Bild paßt lediglich, daß Wirtschaftsschwäche und drohende Rezession offenbar etwas mit sinkender Nachfrage bei den Unternehmen zu tun haben. Weil die Aufträge zurückgehen, gibt es Hiobsbotschaften, weil die Produktionskapazitäten schlecht ausgelastet sind, werden Mitarbeiter entlassen. Man fragt sich, wie das "eiserne Sparen" und gar die Subventionierung des Sparens dem abhelfen soll? Die USA, so hieß es am Wochenende beim Treffen der G-7 Finanzminister, hätten das Schlimmste schon hinter sich, weil die Konsumenten auch weiter keinen Pfennig sparen. Großbritannien ist vielleicht schon auf dem Wege der Besserung, weil der private Verbrauch noch immer boomt. Frankreich hat es noch nicht ganz so schlimm erwischt, weil die Binnennachfrage kräftiger als rechts des Rheins ist. Lauscht man jedoch den Verantwortlichen und den meisten Meinungsmachern in der größten europäischen Volkswirtschaft, dann haben sie anscheinend gerade die Brüningsche Ökonomie von 1929/30 neu entdeckt: Deutschland spart sich aus der Krise.

Besonders absurd wird es, wenn dann auch noch behauptet wird, genau dieser Weg sei der mit der ruhigen Hand. Wer im Abschwung höhere staatliche Defizite um jeden Preis verhindern will, weil Unternehmen und Haushalte weniger Geld ausgeben und damit weniger Steuereinnahmen zur Verfügung stehen, muß in Aktionismus, blinden zumal, verfallen. Er muß womöglich in der Rezession und zwischen den Haushaltsterminen die staatlichen Ausgaben herunterfahren, um das angestrebte Jahresdefizit zu erreichen. Schon bald wird er dann mit

nochmaliger Kürzung nachkorrigieren müssen, weil er ja selbst die Konjunktur geschwächt hat. Eine Serie von Nachtragshaushalten und das Gegenteil von Ruhe ist die Folge. Eine Politik der ruhigen Hand gibt es nur für den, der die konjunkturbedingten Steuerausfälle und die konjunkturbedingten Mehrausgaben hinnimmt, die staatlichen Schulden kurzfristig steigen läßt, damit die wirtschaftliche Lage stabilisiert und auf den mittelfristigen Abbau der Defizite setzt. Die vieldiskutierte Frage, ob Konjunkturprogramme notwendig sind, kann sinnvollerweise überhaupt erst diskutiert werden, wenn klar ist, daß ein konjunkturbedingt höheres Defizit ohne wenn und aber hingenommen wird.

Und in der Tat, auf die Defizite und die Verschuldung kommt es an. Alles Schwadronieren über vorgezogene Steuersenkungen bei unveränderter Verschuldung, wie es die grünen "Wirtschaftsexperten" so lieben, ist Humbug, ist ein Schritt näher an den Abgrund und nicht ein Schritt weg davon. Globale Abschwächung oder Rezession ist nur ein anderes Wort für die Tatsache, daß es weltweit zu wenige Akteure gibt, die bereit sind, sich zu verschulden, also mehr Geld auszugeben als sie einnehmen und zu viele, die mehr sparen wollen. Halten die Staaten mit ihren Haushalten nicht dagegen, sondern destabilisieren selbst, gibt es nur einen einzigen Ausweg: Die Regierungen müssen darauf vertrauen, daß eine andere Institution stark genug ist, das Sparen unattraktiv und das Ausgeben attraktiv zu machen. Das kann nur eine Zentralbank sein, die bereit ist, rechtzeitig die negative Wirkung der staatlichen Konsolidierung mit aggressiven Zinssenkungen zu überspielen. In den USA gibt es eine solche Zentralbank. In Europa gibt es sie bisher nicht. Wenn die Finanzpolitik aber eine andere Rolle der Zentralbank nicht einmal einfordert und selbst die Lage verschlimmert, ist sie hauptverantwortlich für den Verlust an Arbeitsplätzen und Realeinkommen, den wir jetzt schon verzeichnen und für den, der bei der Politik der "ruhigen Hand" unausweichlich ist.